

Migranten werden in Jobcentern diskriminiert

Mitarbeiter sehen sie vor allem als Problemgruppe

Rund ein Drittel der erwerbslosen Migranten erlebt bei Beratungen in den Jobcentern regelrechte Diskriminierungen. Das ist das Ergebnis einer Studie, die der Integrationsbeauftragte Günter Piening beim Unternehmen Ramboll Management in Auftrag gegeben hat. Die Studie ist noch nicht veröffentlicht, weil die Resultate mit den Jobcentern zuerst diskutiert werden sollen. Befragt worden waren Migranten in den Jobcentern Tempelhof-Schöneberg, Friedrichshain-Kreuzberg und Lichtenberg.

Eine Befragung von Ramboll unter mehreren hundert Jobcenter-Mitarbeitern bestätigt die Einschätzung der Migranten. So sind nur etwa die Hälfte der Beschäftigten für die vom Senat angestrebte "interkulturelle Öffnung" ihrer Behörde, das heißt für mehr Personal mit Muttersprachkenntnissen etwa in Türkisch und speziellen Angeboten für Migranten. Andere Themen seien nach Meinung der Beschäftigten wichtiger. Unter Mitarbeitern herrsche auch die Meinung vor, dass Migranten vor allen Dingen durch niedrige Bildung und schlechtes Deutsch auffallen und nur als Problemgruppe gesehen werden.

Der FDP-Politiker Rainer-Michael Lehmann berichtete von einer Fortbildung in Neukölln, an der sich 15 Mitarbeiter beteiligten. Fünf von ihnen hätten sich geweigert, an einem während der Weiterbildung vorgesehenen Besuch einer Moschee teilzunehmen. Die Bezeichnung "Sippe" für Migrantengruppen gelte bei Mitarbeitern als üblicher und normaler Sprachgebrauch. Generell soll die Bereitschaft, sich zu Fragen der Migration fortzubilden, laut Untersuchung bei Mitarbeitern äußerst gering sein.

Ein Drittel der erwerbslosen Migranten ist deshalb laut Studie auch mit der gesamten Beratung in den Jobcentern unzufrieden beziehungsweise äußerst unzufrieden. Ein Fünftel von ihnen weiß nicht einmal, warum sie überhaupt in ein Jobcenter kommen sollen.

Die Grünen-Abgeordnete Ramona Pop nannte die Resultate gestern im Arbeitsausschuss "dramatisch und schockierend". Arbeitsstaatssekretärin Kerstin Liebich sagte: "Wir haben viel zu tun." Als erste Reaktion kündigte Andreas Germershausen aus dem Büro Piening an, dass bis November Schulungen und Workshops beginnen sollen. In den Jobcentern würden zielgerichtet Arbeitsgruppen eingerichtet, die eine Steuerungsgruppe beim Senat koordiniere. Mit der Geschäftsführung eines Jobcenters, wo sich sogar zwei Drittel der Migranten kritisch zur Betreuung geäußert hätten, sei bereits gesprochen worden.

Neuorganisation der Agenturen

Deutliche Kritik übte Arbeitssenatorin Heidi Knake-Werner (Linke) an der Agentur für Arbeit. Nachdem das Bundesverfassungsgericht die Zusammenarbeit von Agenturen und Kommunen in der bisherigen Form für unzulässig erklärt hatte, will die Agentur möglichst viel Personal aus den Bezirksamtern übernehmen. "Es gibt zur Umsetzung der geplanten kooperativen Jobcenter nicht einmal einen bundesweiten Kabinettsbeschluss", so die Senatorin. Sie bezweifelte, dass die neuen Strukturen mit dem Karlsruher Urteil konform liegen.

Berliner Zeitung vom 07.03.2008